

Landkreis Ravensburg

den 25. Mrz. 2019

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 15.01.2019 in der Sirgensteinhalle Vogt, Schützenweg 6, 88267 Vogt

Dauer 14:30 Uhr bis 17:20 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Eugen Abler

Herr Roland Bürkle

Herr Rolf Engler

Frau Josefine Haberkorn

Herr Rudolf Hämmerle

Herr Wilhelm Heine

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Dr. Ulrich Höflacher

Herr Karl Immler

Herr Thomas Kellenberger

Herr Wolfgang Kleiner

Herr Dieter Krattenmacher

Herr Hans-Jörg Leonhardt

«sitext» vom «sidat»

Herr Clemens Moll
Herr Peter Müller
Herr Christian Natterer
Herr Alois Peter
Herr Dr. Daniel Rapp
Frau Dr. Silke Rieser
Herr Robert Schweizer
Herr Robert Stütze
Herr Roland Weinschenk
Herr Waldemar Westermayer
Herr Josef Wurm

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle
Herr Matthias Grad
Herr Roland Haug
Herr Hans Peter Künst
Herr Michael Lang
Herr Rainer Magenreuter
Herr Dr. Hermann Schad
Herr Roland Schmidinger
Herr Bernhard Schultes
Herr Peter Smigoc
Herr Oliver Spieß
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf
Herr Gereon Gülденberg
Frau Ursula Hilpert
Frau Liv Pfluger
Herr Bruno Sing
Herr Siegfried Spangenberg
Herr Heinz Strubel
Herr Dr. Ulrich Walz
Herr Roland Zintl

SPD

Herr Rudolf Bindig
Herr Peter Clément
Herr Gerhard Lang
Herr Rainer Marquart
Frau Gisela Müller
Herr Jürgen Rölli

ÖDP

Herr Julian Aicher
Herr Max Scharpf
Herr Siegfried Scharpf
Herr Dr. Wolfgang Schmidt

FDP

Herr Daniel Gallasch, M. A.

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian
Herr Wolfgang Nippe

Protokollführer

Frau Monika Diem

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon	Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur und Bürgerservice
Herr Franz Baur	Dezernent Finanzen, Schulen und Infrastruktur
Frau Diana E. Raedler	Dezernentin Arbeit und Jugend
Herr Gerd Hägele	Dezernent Recht, Ordnung und Landwirtschaft
Herr Andreas Ebenhoch	Amtsleiter Amt für Kreisschulen, zu TOP 9
Frau Margit Sigg	Eigenbetrieb IKP, zu TOP 4

Abwesend:

CDU

Herr Elmar Buemann
Herr Josef Forderer

Herr Axel Müller, MdB

Herr Volker Restle

Herr August Schuler, MdL

Herr Daniel Steiner

FWV

Herr Markus Ewald

Herr Jochen Fischinger

Herr Holger Lehr

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm

Frau Judith Gebhardt

SPD

Herr Anton Frei

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Kommunal- und Prüfungsamtes

3. 0165/2018
Kreistagswahl 2019 - Wahl der Beisitzer und Stellvertreter des Kreiswahlausschusses

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

4. 0201/2018
Standort- und Flächenkonzept des Landratsamts in Ravensburg

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

5. 0191/2018
Oberschwabenklinik - Verlängerung der Stundungsvereinbarung mit dem Eigenbetrieb IKP für das Jahr 2019

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

6. 0180/2018
Stärkung und Weiterentwicklung der organisierten Nachbarschaftshilfe - Zuschusserhöhung

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

7. 0202/2018
Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Grundlagen für die Haushaltsaufstellung im Landkreis Ravensburg - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.12.2018
8. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

9. 0176/2018
Schulbauprogramm 2020 - 2040

10. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Die Mitglieder des Kreistages wurden am 27.12.2018 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

KR Smigoc begrüßt die Kreisräte in seiner Funktion als Bürgermeister in Vogt und informiert über die aktuellen Entwicklungen in der Gemeinde.

1. Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende weist auf das Ergänzungsblatt zu TOP 3 der Niederschrift des Kreistages vom 13.12.2018 hin.

KR S. Scharpf führt aus, dass das Protokoll nur ein Ausschnitt von der jeweiligen Sitzung sei. Er ist der Meinung, dass solche Nachreichungen nicht nötig seien.

Das Originalprotokoll und das Ergänzungsblatt zum TOP 3 der zur Niederschrift des Kreistages vom 13.12.2018 werden zur Kenntnis genommen. Es liegen keine Änderungswünsche vor.

Anmerkung der Schriftführung:

Das Ergänzungsblatt zu TOP 3 der Niederschrift des Kreistages vom 13.12.2018 ist auch in session als Anlage zu diesem TOP hinterlegt.

Angelegenheiten des Kommunal- und Prüfungsamtes

3. 0165/2018

Kreistagswahl 2019 - Wahl der Beisitzer und Stellvertreter des Kreiswahlausschusses

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und erläutert die anstehende Wahl der Beisitzer und Stellvertreter des Kreiswahlausschusses. Er schlägt vor, die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Personen durch geheime Wahl und en bloc zu wählen.

Dagegen gibt es keine Einwendungen.

Zu Mitgliedern der Zählkommission werden benannt: KRe Strubel, Haug und Haberkorn.

Beschlussentwurf zu Nr. 1:

1. Die Zahl der Beisitzer sowie deren Stellvertreter im Kreiswahlausschuss für die Kreistagswahl am 26.05.2019 werden auf jeweils 11 festgesetzt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Beschlussentwurf zu Nr. 2:

2. Die von den Parteien und Wählervereinigungen vorgeschlagenen Personen werden, entsprechend der Auflistung, zu Beisitzern und Stellvertretern des Kreiswahlausschusses für die Kreistagswahl gewählt.

Beratungsergebnis: einstimmig gewählt

Angelegenheiten der Projektgruppe Flächen- und Standortkonzept

4. 0201/2018

Standort- und Flächenkonzept des Landratsamts in Ravensburg

Frau Sigg stellt die Zentralisierung der Verwaltung am Standort Ravensburg / Weingarten mit einer PowerPoint-Präsentation vor. Sie weist darauf hin, dass in der Sitzungsvorlage 0201/2018 ein Fehler vorhanden sei und die Vorlage sowie die Anlagen folgendermaßen richtig lauten:

Untersuchungsvariante V 8: KH I Sanierung + Erweiterung + ~~KH II Sanierung + Erweiterung~~ **Neubau Schützenstraße.**

KR Dr. Walz begründet den Änderungsantrag zur Vorlage 0201/2018 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.01.2019. Er führt aus, dass die künftigen Betriebskosten in den Baukostenprognosen nicht enthalten seien und somit das Thema Nachhaltigkeit zu wenig Beachtung finde. Die Vorlage benötige daher dringend eine Zieldefinition.

KR Dr. Rapp lobt die Sitzungsvorlage und dankt für den gelungenen Klausurtag. Im Grundsatz stimmt er KR Dr. Walz zu. Er stellt aber fest, dass man derzeit an der Prüfung der einzelnen Standortvarianten sei und es daher für die Festlegung von nachhaltigen Baustandards noch zu früh sei und dies zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen sollte. Er merkt an, dass an erster Stelle das Schulbauprogramm 2020 – 2040 stehe, aber man parallel auch an dem Standort- und Flächenkonzept des Landratsamts arbeiten könne. Er fragt sich, warum die Kostendifferenz zwischen den einzelnen Varianten so gering sei. Er spricht sich für den Beschlussentwurf aus.

KR G. Lang bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und fügt hinzu, dass die Besichtigung des Landratsamts Erlangen aufschlussreich gewesen sei. Er führt aus, dass die SPD-Fraktion den Beschluss unterstütze. Er spricht sich dafür aus, dass beide Projekte, Standort- und Flächenkonzept sowie das Schulbauprogramm 2020 – 2040, parallel bearbeitet werden. Er ist der Meinung, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im zuständigen Ausschuss vorberaten werden sollte.

KR Smigoc dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung. Er bittet, zusätzlich zum Beschlussentwurf auch die Variante V 1 weiter zu untersuchen, da die Variante in der Bewertungsmatrix bei den qualitativen Kriterien einen „grünen Pfeil“ und bei der Wirtschaftlichkeit einen „gelben Pfeil“ erhalten haben. Bei dieser Variante können Synergieeffekte mit dem Schulzentrum erlangt werden (Parken, Mensa). Ebenso sei eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Standorts möglich. Er führt aus, dass auch das Schulbauprogramm 2020 – 2040 ein wichtiges Thema sei und man für beide Großprojekte stets die personellen und finanziellen Mittel im Auge behalten müsse.

KR Gallasch betont, dass das Schulbauprogramm 2020 – 2040 erste Priorität habe und spricht die allgemeine Ressourcenknappheit an. Er ist der Meinung, dass ein nachhaltiger Baustandard gemäß dem Antrag derzeit noch nicht festgelegt, sondern zunächst nur geprüft werden sollte.

KR S. Scharpf ist der Meinung, dass die Bausummen für die beiden Großprojekte zu

hoch seien. Für das Standort- und Flächenkonzeptes spricht er sich für eine bescheidenere und günstigere Bauweise aus. Er stimmt KR Smigoc zu, die Variante V 1 weiterhin zu untersuchen.

KR Sing betont, dass das Schulbauprogramm 2020 – 2040 an erster Stelle stehe und fügt hinzu, dass beim Standort- und Flächenkonzept eine gut ausgearbeitete Strategie die Basis für eine gelungene Umsetzung sei. Zudem unterstützt er eine nachhaltige Bauweise. Er erkundigt sich nach den Kosten für die Standortkonzepterstellung.

Der Vorsitzende antwortet, dass der exakte finanzielle Aufwand derzeit noch nicht beziffert werden könne, aber in der Vorlage ein Betrag von 250.000 Euro stehe.

KR Immler betont, dass bei der Definition von Baustandards stets auch auf das richtige Verhältnis der Mehrkosten zum Nutzenfaktor geachtet werden müsse.

KR Dr. Walz bittet, nachhaltige Baustandards zu definieren, da die neuen bzw. renovierten Gebäude wieder über einen langen Zeitraum genutzt werden müssen.

KR Spangenberg unterstreicht, dass derzeit an einem sehr guten Konzept gearbeitet werde und betont, dass die beiden Großprojekte nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen.

KR Dr. Rapp erklärt, dass eine derzeitige Festlegung eines nachhaltigen Baustandards nicht zielführend sei, da sich der Stand der Technik kontinuierlich verändere.

Herr Baur führt aus, dass derzeit eine Zielrichtung vorgeschlagen und erarbeitet werde, um darauf basierend eine wirtschaftliche Lösung zu entwickeln. Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen führt er aus, dass dies eine sinnvolle Ergänzung, aber eine abschließende Festlegung noch nicht zu empfehlen sei. In diesem Zusammenhang schlägt er vor, die Verwaltung zu beauftragen, Festlegungen für nachhaltige Baustandards zu entwickeln, auf deren Basis die zu untersuchenden Varianten weiter bearbeitet werden. Dies sei insbesondere für die weiteren Schätzungen der Baukosten wichtig.

Beschlussentwurf:

Die Zentralisierung der Verwaltung am Standort Ravensburg / Weingarten

wird auf der Grundlage der Varianten 7, 7a und 11 weiterverfolgt. Nach der Ausarbeitung einer Ziel- und Maßnahmenplanung für diese Varianten soll das weitere Vorgehen abschließend festgelegt werden.

Dazu wird die Verwaltung wie folgt beauftragt:

- a) Durchführung einer detaillierten Untersuchung der Bestandsgebäude Friedenstraße 6, Gartenstraße 107 in Ravensburg sowie Sauterleutestraße 34 in Weingarten unter Erstellung einer mit Kosten hinterlegten Maßnahmenliste mit Priorisierung zur Konkretisierung des anstehenden Instandhaltungsstaus.
- b) Erstellung eines abstrakten Raum- und Funktionsprogramms
- c) Ausarbeitung einer Bedarfsdeckungsplanung für die drei Varianten auf der Grundlage des Raum- und Funktionsprogramms mit der Differenzierung in Bestandsgebäude und notwendigen Ergänzungen über An- und Neubauten.
- d) Aufstellung einer Umsetzungsstrategie zur schrittweisen Realisierung. Hierbei sollen die Bausteine stationärer Bürgerservice und die Belegung der freien Flächen in der Gartenstraße 107, Bauteil B und C vorrangig berücksichtigt werden.

Modifizierung auf Antrag von KR Dr. Walz:

In Buchstabe a) wird folgender Satz ergänzt:

In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, Festlegungen für nachhaltige Baustandards, für die zu untersuchenden Varianten zu erarbeiten.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Modifizierung auf Antrag von KR Smigoc:

Der erste Satz wird wie folgt ergänzt:

Die Zentralisierung der Verwaltung am Standort Ravensburg / Weingarten wird auf der Grundlage der Varianten 1, 7, 7a und 11 weiterverfolgt. Nach der Ausarbeitung einer Ziel- und Maßnahmenplanung für diese Varianten soll das weitere Vorgehen abschließend festgelegt werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Beschlussentwurf der Vorlage 0201/2018 in der Fassung der soeben erfolgten Beschlüsse:

Die Zentralisierung der Verwaltung am Standort Ravensburg / Weingarten wird auf der Grundlage der Varianten 1, 7, 7a und 11 weiterverfolgt. Nach der Ausarbeitung einer Ziel- und Maßnahmenplanung für diese Varianten soll das weitere Vorgehen abschließend festgelegt werden.

Dazu wird die Verwaltung wie folgt beauftragt:

- a) Durchführung einer detaillierten Untersuchung der Bestandsgebäude Friedenstraße 6, Gartenstraße 107 in Ravensburg sowie Sauterleutestraße 34 in Weingarten unter Erstellung einer mit Kosten hinterlegten Maßnahmenliste mit Priorisierung zur Konkretisierung des anstehenden Instandhaltungsstaus. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, Festlegungen für nachhaltige Baustandards, für die zu untersuchenden Varianten zu erarbeiten.
- b) Erstellung eines abstrakten Raum- und Funktionsprogramms
- c) Ausarbeitung einer Bedarfsdeckungsplanung für die vier Varianten auf der Grundlage des Raum- und Funktionsprogramms mit der Differenzierung in Bestandsgebäude und notwendigen Ergänzungen über An- und Neubauten.
- d) Aufstellung einer Umsetzungsstrategie zur schrittweisen Realisierung. Hierbei sollen die Bausteine stationärer Bürgerservice und die Belegung der freien Flächen in der Gartenstraße 107, Bauteil B und C vorrangig berücksichtigt werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

5. 0191/2018

Oberschwabenklinik - Verlängerung der Stundungsvereinbarung mit dem Eigenbetrieb IKP für das Jahr 2019

Beschlussentwurf:

Die vereinbarte Stundung von Forderungen für die Zeiträume 2012 bis 2014 wird um ein Jahr bis zum 31.12.2020 verlängert.

Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendige Vereinbarung mit der Oberschwabenklinik abzuschließen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

6. 0180/2018

Stärkung und Weiterentwicklung der organisierten Nachbarschaftshilfe - Zuschusserhöhung

Der Vorsitzende weist auf den modifizierten Beschlussentwurf des Ausschusses hin.

KR Engler dankt der Caritas Bodensee-Oberschwaben für die Einbringung des Themas.

Modifizierter Beschlussentwurf des Ausschusses:

Zum Zwecke der Stärkung organisierten Nachbarschaftshilfe erhöht der Kreis sein finanzielles Engagement um **54.200,00 €** mit dem Vorbehalt, dass die Mittel freigegeben werden, sobald eine Gesamtkonzeption vorliegt.

Beratungsergebnis: einstimmig **modifiziert** beschlossen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

7. 0202/2018

Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Grundlagen für die Haushaltsaufstellung im Landkreis Ravensburg - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.12.2018

Antrag zur Geschäftsordnung der SPD-Fraktion (im Antrag enthalten):

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei einer Gegenstimme)

8. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Abstand von Obstbäumen zu Gewässern

KR Aicher nimmt Bezug auf den Zeitungsartikel vom 14.01.2019 „Obstbauern sprechen von Enteignung: Der Druck der Behörden wächst“. Er erkundigt sich, ob alle Obstbauern die Bäume, die nicht 10 m vom Gewässer entfernt sind, entfernen müssen oder ob diese stehen gelassen werden können, wenn kein Düngemittel eingesetzt werde. Zudem bittet er, die Anzahl der Bußgeldbescheide an Obstbauern bzgl. des Gewässerabstandes von Obstbäumen in den letzten zwei Jahren aufzuzeigen. Auch die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen solle mitgeteilt werden.

Frau Meschenmoser antwortet, dass Pflanzen- und Gewässerschutz eine staatliche Aufgabe sei und der Zeitungsbericht nicht vollständig gewesen sei. Sie teilt mit, dass im nächsten Ausschuss für Umwelt und Technik darüber informiert werde.

Anschreiben zur Biotonne

KR Engler erkundigt sich, warum das Anschreiben „Sparen Sie Abfallgebühren – mit ökologischem Effekt: Profitieren Sie von den interessanten Vorteilen der Biotonne“ an alle Haushalte verschickt wurde. Er fragt, ob die Abfuhr und die Verwaltung der Bioabfälle kostendeckend seien.

Herr Baur erklärt, dass der Kreistag im Rahmen der Kreisstrategie die Verwaltung beauftragt habe, die Sammelmenge der Bioabfälle zu steigern und dazu den Bürgern die Vorteile einer Biotonne aufzuzeigen. Es war lediglich ein Angebot der Verwaltung an die Bürger, zusätzlich zu der Eigenkompostierung, eine Biotonne zu bestellen.

KR Engler erkundigt sich, ob zu wenig Biomüll abgegeben werde.

KR Spangenberg plädiert für eine Biotonne, denn nicht alle Lebensmittel seien kompostierbar.

KRin Fiegel-Hertrampf erkundigt sich, ob das Anschreiben auch an die Mieter und nicht nur an die Vermieter verschickt werden könnte.

Herr Baur antwortet, dass lediglich die Vermieter als Eigentümer angeschrieben werden können, da dem Landratsamt die Namen der Mieter nicht bekannt seien. Die Vermieter sollten dies an die Mieter weiterleiten.

Ehrenamtliche Entschädigung

KR Clément stellt fest, dass die Arbeitsbelastung der Schneeräumer aufgrund der Schneemassen in vergangener Zeit sehr hoch war. Er erkundigt sich, ob man die ehrenamtlichen Helfer finanziell entschädigen könnte.

Der Vorsitzende dankt allen Helfern für ihr Engagement. Er teilt mit, dass die Entschädigung auf kommunaler Ebene entschieden werden müsste.

Kreistag am 15.01.2019:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

9. 0176/2018

Schulbauprogramm 2020 - 2040

Beschlussentwurf:

Das Schulprogramm 2020 soll grundsätzlich entsprechend der Priorisierung der Maßnahmenliste umgesetzt werden. Die Verwaltung wird dazu beauftragt,

- a. Für in der Priorität 0 -vordringlichen Bedarf und den bereits fest disponierten Projekten - aufgeführten Einzelmaßnahmen Maßnahmen Nr. 2,0 bis 11,0 die Planungen zur Umsetzung voranzutreiben und den Gremien zur weiteren Beratung vorzustellen.
- b. Für die in der Priorität 0 enthaltene Zielplanung für die beruflichen Schulen in Ravensburg das Vergabeverfahren und die Beauftragung der notwendigen Planungsleistungen durchzuführen. Die Zielplanung soll bis zum Frühjahr 2020 erarbeitet werden. In den zuständigen Gremien ist über den Arbeitsstand der Zielplanung im 3. Quartal 2019 zu berichten und ggf. über Weichenstellungen zu beraten und zu entscheiden.
- c. Für den Erwerb eines Grundstücks zum Neubau einer beruflichen Schule in Ravensburg sind die notwendigen Grundstücksverhandlungen zu führen. Weiterhin sind die Verhandlungen zum Freimachen von Hochspannungsleitungen zu führen und zu planen, soweit dies für die Errichtung oder die etappenweise Umsetzung von Baumaßnahmen aus dem Schulbauprogramm 2020 erforderlich ist.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Monika Diem

Kreisräte

Hans-Jörg Henle

Oliver Spieß